

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sie lesen auf Seite 523

G. E. Wheeler

Rußland und der Nahe Osten

LUDWIG FREUND

Die Mächtigen und ihr Gefolge

Erweiterte Fassung eines Vortrages, der am 6. Juli 1959 im Rahmen der „Abendländischen Woche“ in Bad Münster am Stein gehalten wurde.

I. Einleitung

Es ist nützlich, bei allen Betrachtungen über den Menschen und seine Seinsverhältnisse sich zunächst einmal klarzumachen, daß er ein *paradoxes Wesen* ist. Dies heißt, er ist voller Widersprüche und — wie Nicolas Berdyaev es ausdrückte — in stetigem Konflikt mit sich selber¹⁾. Der Mensch liebt z. B. den Zustand der Freiheit, aber gleichzeitig ist in ihm lebendig der Wille sowohl zur Herrschaft als auch zur Gefolgschaft, und diese beide wirken freiheitsauflösend. Es gibt eine vertikale Stufenleiter der Macht. Der eine gebietet dem anderen und steht dann selbst wieder unter dem Befehl eines Höheren. Die Hierarchie der Rang- und Machtstufen bricht dann irgendwo an der Spitze *scheinbar* ab. Es scheint da jemanden geben zu müssen, dem nicht mehr befohlen werden kann. Er wäre also der wahre Souverän, der Inhaber höchster Gewalt. Gerade das aber gibt es in menschlichen Verhältnissen nicht, denn, wie Georg Simmel, der ausgezeichnete Soziologe und scharfe Beobachter menschlicher Vergesellschaftungsformen, sagte: „Jeder Führer wird auch geführt“²⁾.

Dieser ganz unumstößliche Sachverhalt, der uns noch beschäftigen soll, beruht gleichsam auf einem gesellschaftlichen Mechanismus, den wir im Vergleich zur formalen „vertikalen“ Stufenleiter der Macht, ihr soziales *Wechelseitigkeitsverhältnis* oder ihre relative *Umkehrbarkeit* nennen möchten. Diese relative Umkehrbarkeit beweist, daß es kein unbedingtes Knechtschaftsverhältnis zu geben braucht, es sei denn, daß ein bedeutender, jedenfalls militanter, nicht notwendig die Mehrheit repräsentierender Bestandteil des Volkes dieses Knechtschaftsverhältnis *will* und über sich selbst und die anderen Mitglieder der Gruppe, die sich passiv verhalten, verhängt. Es gibt aber auch noch einen anderen unumstößlichen, angesichts moderner geistiger Strömungen nicht minder paradoxen Sachverhalt von sehr übergeordneter Bedeutung. Und dieser besteht darin, daß nicht nur „die Führer sowohl führen als auch geführt werden“, sondern daß menschliche Freiheit und somit menschliche Macht oder Autorität *niet als*

absolut sind. In einem Zeitalter, aus welchem das religiöse Pathos entschwunden ist und der religiöse Geist nur noch eine Existenz buchstäblich am Rande der großen Geschehnisse führt, kann dieser Hinweis gar nicht oft und betont genug zur Herstellung eines besser fundierten und sachlich wohlproportionierten Bewußtseins des Menschen von seiner Stellung in der Welt und in der Geschichte erfolgen. Freiheit bedeutet Selbstbestimmung. Es ist das, was nach Spinoza „*bloß vermöge seiner eigenen Natur existiert und nur durch sich selbst zum Handeln bestimmt wird*“³⁾. Nichts Menschliches ist so souverän, daß es bloß vermöge seiner eigenen Natur oder seiner eigenen Kräfte existiert oder nur durch sich selbst zum Handeln bestimmt wird. Richtig folgert Spinoza daher, daß „nur Gott absolute Freiheit“ besitze.

Eine der Sünden des liberalen Zeitalters, das sich dadurch selbst ad absurdum geführt und nahe an den Rand der Selbstvernichtung gebracht hat, ist der Hochmut in bezug auf die menschlichen Kräfte, insbesondere die menschliche Vernunft, schließlich die menschliche Wissenschaft, welche im Urteil einer von einem einseitigen Humanismus gespeisten Intelligenza die Religion überflüssig machen und die Menschheit einem Zustande völliger Freiheit, Gerechtigkeit und Perfektion auf allen Gebieten entgegenführen würden. Einige unserer Sozialgelehrten und Philosophen haben aus den tragischen Evolutionen seit der Aufklärungszeit immer noch nicht die Lehre gezogen, daß eine tiefere Begründung des menschlichen Daseins und der menschlichen Bestimmung nottut, als der Rationalismus der modernen Aufklärer uns bieten kann. Schließlich ist ja der fanatische Wissenschaftsglaube der Marxisten, so wie er im Kommunismus kulminiert, nicht nur eine Protestbewegung gegen die Setzungen und „Ungereimtheiten“ der liberalen Kultur, sondern lediglich der „verzweifeltere“ Versuch, die falsche Exaktheitspose sozialphilosophischer Doktrinen und den *reinauf den Menschen* und *seiner Wissenschaft* gestellten Vervollkommnungsanspruch, die von der Aufklärung und dem Positivismus stammen, zur äußersten Wirkung und zu uneingeschränkter Geltung zu bringen.

1) Slavery and Freedom, New York 1944, I. Teil, S. 59.

2) Soziologie, Leipzig 1908, S. 138.

3) Ethik, IV. Teil.

II. Das Verhältnis der inneren zur äußeren Macht

Ohne das Bewußtsein, daß menschliche Macht und Freiheit endlich sind, gibt es kein adäquates Verhältnis auf Erden zu den Phänomenen der Macht und der Freiheit. Es gibt dann nicht einmal eine adäquate Definition beider. Denn Macht und Freiheit sind Korrelate. Der Mächtige ist frei. Aber es gibt eben keine absolute Macht auf Erden. Auch die Mächtigsten unterliegen dem Naturgesetz des Sterbens und somit der Endlichkeit und Vergänglichkeit. Und in ihrem irdischen Streben und Trachten stießen selbst solche unterschiedlichen Machttypen wie Caesar, Napoleon, Hitler und Stalin schließlich an die politischen Grenzen ihrer Macht.

Paradoxerweise ist überdies manchmal der Mensch, der von den politisch Mächtigen verfolgt wird, freier und mächtiger als die, die ihn verfolgen. Warum? Weil der Mensch der bloß-praktischen Erfolgsintelligenz, welcher Verfolgungen dekretiert, sowohl zu der Würde wie zu den Grenzen menschlicher Existenz, einschließlich seiner eigenen, überhaupt kein Verhältnis hat. Seine Macht, seine Freiheit, sein Leben sind ohne Proportionsbewußtsein, ohne inneren, geistig-moralischen, Rang und daher ohne den tieferen Sinn, welcher die Abhängigkeit des eigenen Lebens, der eigenen Freiheit und Macht von höheren Mächten begreift. Seine elementare Arroganz verleitet ihn dazu, seinen eigenen natürlich-begrenzten Willen zum absoluten Willen über alles und jeden zu setzen. Dieser Hochmut ist nach Reinhold Niebuhr die Quintessenz der menschlichen Sünde, die eigentliche Herausforderung Gottes, dessen Wille allein als absolut gesetzt werden kann⁴⁾. Bei aller äußeren Macht ist dieser mächtige Mensch innerlich arm, irrend und unfrei. Der Mensch „der Masse“, der ihm aus Furcht, oder aus moralischer Trägheit, aus persönlichem Selbstinteresse, aus irgeleiteter Bewunderung oder reiner politischer Ignoranz gehorcht, mag äußerlich frei bleiben, ganz einfach weil er rein äußerlich und legal die Forderung erfüllt, Konflikt mit der Obrigkeit zu vermeiden. Er hat dadurch seine äußere Ruhe um den Preis der Gesinnungsfreiheit erkaufte, vorausgesetzt daß seine Gesinnung oder sein „Gewissen“ ihn überhaupt zum Protest gegen die äußere Gewalt treibt. Er ist also zumindest innerlich nicht frei.

Die Frühchristen Roms waren das. Aber sie waren äußerlich verfolgt, geschlagen und unfrei. Positive, innere Freiheit wurzelt in dem Gefühl der persönlichen Würde des Menschen. Diese setzt moralische Selbstbestimmung, Selbstbeherrschung und Selbstgesetzgebung im Dienste des Glaubens an höhere Werte voraus. Wer jene hat, ist so autonom, wie es unter begrenzten menschlichen Verhältnissen möglich ist. Dies heißt also, daß derjenige, der im Besitze einer geistigen oder moralischen Sinngebung des Lebens ist, welche Würde und Ordnung in sein Leben bringt, äußere Eingriffe in seine innere Ordnung notwendig störender empfindet als äußere Opfer im Dienste seiner inneren Überzeugungen. Ein Jesus von Nazareth oder Gautama Buddha oder Sokrates sind die großartigsten Wahrzeichen einer solchen moralischen oder geistigen Antwort im Sinne positiver Freiheit. Die späteren geschichtlichen Märtyrer für die Sache einer moralischen Überzeugung und eines inneren Lebensplanes von den Frühchristen bis zu der Opposition unter Hitler und Stalin haben sich als stärker, als mächtiger, als freier erwiesen als alle von außen an sie herantretenden Drohungen, Entwürdigungen und Rohheiten der auf sie losgelassenen „Meute“ und selbst als der über sie verhängte Tod. Ihr Beispiel lebt unter den Freien und Freiseinwollenden über den Tod hinaus. Der Verfolger hat seine Gefolgschaft nur in der Zeit, und er ist niemandem ein bleibendes Beispiel, außer dem Unmenschen.

Die positiv und innerlich Freien fühlen sich offenbar nicht bedrückt oder ihrer Freiheit beraubt, sie fühlen nicht, daß sie durch ihre Standfestigkeit und deren Folgen „sich selbst Gewalt antun“, solange sie, unter dem Eindruck ihrer lebendigen Ideale stehend, „sich selbst beherrschen“ im Stile einer moralischen Souveränität. Ihre Selbstbeherrschung, „Selbstgesetzgebung“ und innere Würde wür-

den als unfrei vielmehr die Kapitulation vor einer ihren Idealen entgegengesetzten äußeren Willkürherrschaft empfinden. Ihre Selbstbestimmung, die sich oft vom Glauben an „höhere als menschliche Gewalten“ ableitet und sich nur diesen „höheren Gewalten“ beugt, dabei die Grenzen dessen, was von Menschen verhängt werden kann, mit tragischem Sinn für das Unvermeidliche, aber im Frieden mit sich selber ertragen heißt, schließt ohne Kompromiß eine Art Fremdbestimmung aus, die darauf abzielt, ihre Ideale zu zerbrechen.

In diesem Verhalten liegt äußerste menschliche Macht. Wie viele unter uns Menschen zu irgendeiner Zeit und in irgendeiner Nation diese Haltung verwirklichen können, bleibt stets eine offene Frage. Diese Art Heldentum ist überall selten. Viel wird davon abhängen, wie stark und verbreitet die positiven Ideale des Geistes und der Gesittung zu einer gegebenen Zeit und in einem gegebenen Volke sind. Meine persönlichen Erfahrungen in bezug auf die Wirkungskraft dieser Ideale in der modernen bürgerlichen Welt sind nicht ermutigend. Und reine Vernunft- und Aufklärungsideale, denen gewöhnlich ein gehöriger Schuß von Pragmatismus, Utilitarismus und Opportunismus beigegeben ist, genügen nicht zur Verwirklichung dieser Haltung in existenziellen Krisen. Das haben wir in Deutschland schon einmal erfahren. Wenn wir nach jenem epochalen geschichtlichen Erlebnis und kulturellen Schock nichts Besseres zu tun wissen, als auf die schon einmal als unzureichend erwiesenen reinen Aufklärungsideale zurückzugreifen, wie es unter vielen Intellektuellen Deutschlands und der Welt nun wieder geschehen ist, dann steht es abermals nicht gut um die geistige und moralische Krisenfestigkeit eines gesellschaftlichen Gefüges, welches der metaphysischen, über alle Wissenschaft hinausreichenden Spannweite bedarf und einer Glaubensdimension bedarf, die über die nur-menschliche Bindung und Abhängigkeit hinausweisende moralische Kräfte ins Leben zu rufen vermag. Die sozialwissenschaftlichen Zentralwerte der Gegenwart: Anpassung, Nachahmung, Nützlichkeit, Meßbarkeit, Meinungsforschung, so respektvoll und zeitnotwendig sie sind, genügen nicht ganz.

Hier aber geraten wir mit unseren Gedanken an eine Grenze. Wenn die Dinge so einfach lägen im menschlichen Bereich, daß hier ein böser politischer Wille und dort eine reine moralische Überzeugung stehen und beide fein säuberlich voneinander abgegrenzt werden könnten, so wäre das Problem der inneren gegen die äußere Macht immer noch relativ leicht gelöst, wenigstens im Theoretischen, obgleich im Praktischen der Zweifel fortbestünde, wieviele Menschen die innere Kraft haben, sich spontan gegen eine äußere Macht zu stellen, wenn diese vor äußerster Gewalt und krassem Unrecht nicht zurückschreckt.

So einfach wie ein Lewis Mumford sich das vorstellt, der sagte, die Atomphysiker hätten das moralische Dilemma, in welches die Erfindung der Atombombe sie versetzte, voraussehen können⁵⁾, liegen die Dinge aber auch nicht, selbst unter relativ freien Verhältnissen. Auf einmal wurde diesem modernen Aufklärer die Theologie gut genug, um den Atomphysikern — wie er meinte — Aufschluß geben zu können über die allgemeine menschliche Neigung zum Machtmißbrauch. Andere amerikanische und auch europäische Geister glauben, das Dilemma schlicht lösen zu können, indem sie anraten, gewisse Arbeitsgebiete der naturwissenschaftlichen Forschung einfach nicht zu betreten. Wiederum andere empfehlen aus christlicher Sicht, daß „der betende Naturwissenschaftler“, der „liebend experimentiert“, der einzige sei, der den richtigen Weg in unserem technischen Zeitalter, welches eine neue Dämonie der Macht geboren hat, zu wandeln verstehe und vorbauen könne, damit die verhängnisvolle, laufende Verbindung von wissenschaftlichen Erfindungen und militärischen Vernichtungswaffen aufhöre.

Dazu kann man nur sagen, daß hier der Naturwissenschaft ein Ethos unterschoben wird, das die Wissenschaft als solche nicht kennt, und daß es keine Möglichkeit gibt, die nicht aus christlicher

4) Reinhold Niebuhr, *The Nature and Destiny of Man*, 3. Aufl., New York 1948, Bd. I, S. 186 ff., u. a.

5) *Bulletin of Atomic Scientists*, Februar 1954.

Liebe oder nicht aus christlicher oder humanistischer Verantwortung Handelnden und Experimentierenden von der Wissenschaft fernzuhalten. Carl von Weizsäcker hat die Unlösbarkeit des Dilemmas erkannt und daraus als Physiker seine eigenen persönlichen Folgerungen des Abschieds von der Physik gezogen. Aber mit solchen Entscheidungen, so ehrbar sie sind, hört natürlich das Problem als solches nicht auf. Für den Forscher als Forscher gilt heute nur die Sache und die Sachlichkeit. „Die Liebe“ geht über die Bereiche der Wissenschaft hinaus. Das Religiöse steht über, nicht in der Wissenschaft. nischer Neopositivisten, alle menschlichen Probleme durch die Wissenschaft lösen zu können, so absurd erscheint. Die „inneren“ Entscheidungen von Menschen sind von den wissenschaftlichen Erfindungen und technischen Veranstaltungen so prinzipiell verschieden, die „inneren Werte“ folgen so sehr ihren eigenen, schwer determinierbaren Gesetzmäßigkeiten, daß der Versuch einer Koordination beider Seiten des Menschlichen in unserer Seinslage geradezu weltfremd erscheinen muß. Die wissenschaftliche Sachlichkeit und Sachgebundenheit hat ganz natürlich ihre ethisch-neutralen Regeln und Folgen. Die Entdeckungen der beiden Moralisten und Pazifisten Albert Einstein und Robert Oppenheimer wurden von den Politikern, Wirtschaftlern, Tech-

nikern und Militärs ebenso benützt wie die des Chauvinisten Teller. Niemand kann ahnen, wann eine aus rein wissenschaftlich-sachlichem Erkenntnistrieb stammende Erfindung, wann auch nur ein allen praktischen Anwendungsbereichen anfänglich fernliegendes, theoretisches Forschungsprodukt wie die Relativitätstheorie Einsteins ihren Weg in das militärische Kalkül findet. Denn reine Wissenschaft, die sich bemüht, voraussetzungslos zu sein, und die anwendungsfremd ist, ist dennoch die Grundlage aller angewandten Wissenschaften. Und schließlich kann doch überhaupt nur der völlig unpolitische Verstand die einseitige Einstellung von Erfindungen und der Produktion auf technologischem und physikalischem Gebiete anraten, solange eine politisch und moralisch gefährliche Gegenmacht mit Welteroberungsplänen die Garantie ähnlicher Abstinenz nicht bietet.

Hier rächt sich an uns Abendländern das gesamte Paradoxon unserer geistigen Vergangenheit. Im Abendlande erfolgte die eigenartige, ja einzigartige Fusion geistiger, moralischer und politisch-wirtschaftlicher und technologischer Formen der Macht. In ganz großen Zügen wollen wir andeuten, worum es sich soziologisch dabei handelt und welchen geistigen und moralischen Selbstwidersprüchen der abendländische Mensch dadurch unterworfen wurde.

III. Abendländische Formen und Selbstwidersprüche der Macht

Die grundlegenden „Universalien“ der westeuropäischen Kultur sind mit der Erbschaft gegeben, die sie von Rom, Judäa und Hellas empfing. Mit diesen drei Namen sind jene Kultur Tendenzen symbolisch angedeutet, die auf römischen Boden ihre Synthese suchten, aber nicht fanden, und die dann geschichtsnotwendig im sogenannten abendländischen Raum wiedererstanden, um bei dem gleichen Versuch im wesentlichen zu scheitern. Die fundamentalen Widersprüche zwischen dem wissenschaftlich-sachlichen oder philosophisch-kritischen Geiste der Griechen einerseits, dem schlichten christlichen Glauben andererseits sind den Reformern immer noch halb-bewußt, und genau so undeutlich ist den Kulturkritikern der unaufhebbare Widerspruch zwischen dem von Rom ererbten Macht- und Expansionsdrange, der von dort gleichfalls überlieferten Organisationskunst einerseits, dem christlichen Ethos andererseits. Diese Widersprüche innerhalb unserer abendländischen Kultur, die wir in wachsendem Maße jetzt auch für die sogenannten Entwicklungsländer übertragen, soweit sie unsere gelehrigen Schüler in der Beherrschung der wissenschaftlichen und Machttechnik werden, muß man sich in ihrem vollen Ausmaße vergegenwärtigen. Unsere humanistischen und unsere christlichen Reformer machen es sich zu leicht, wenn sie diese wesentlichen Komplizierungen übersehen, welche den Charakter des abendländischen Menschen geprägt haben, denn dieser Mensch hat sich mehr oder weniger daran gewöhnt, mit seinen Widersprüchen zu leben.

Tatsächlich gibt es keine völlig integrierte, harmonische und logischen Definitionsansprüchen genügende Gemeinschaft, die von inneren Wider- und Gegensätzen frei wäre⁶⁾. Aber die geistigen Widersprüche innerhalb der abendländischen Kultur sind besonders eklatant, und sie erklären zutiefst die periodischen geistigen Krisen, die sie erschüttert haben.

Man bedenke: Der griechische analytische Geist liegt den unvergleichlichen Errungenschaften abendländischer Philosophie, Wissenschaft und Technik zugrunde. In ihrer endlichen Wirkung verstärkten diese geistigen Disziplinen den von Rom überkommenen Machtkomplex. Aber die Verstandeskultur mit ihrer betonten Sachbezogenheit begegnete in dem Bestreben, sich den bereits entwickelten dogmatischen Glaubensformen des Abendlandes anzupassen, bedeutenden Schwierigkeiten. Der auf ihn ausgeübte Zwang der kirchlichen Autoritäten führte zu einer Art von Reflexbewegung gegen alle Glaubensstandorte, sobald der wissenschaftliche Verstand seine notwendige Freiheit mühsam und unter Opfern errungen hatte.

Aber wir haben keine Wahl mehr. Der kritische Verstand, die Hingabe an die Verstandessache als solche, ist das Mittel der abendländischen Wissenschaft, und der Zweifel ist das Motiv des kritischen Verstandes. Er kann nur für wahr halten, was logisch und rational oder experimentell einwandfrei bewiesen ist. Dogmatischer Glaube und christliche Liebe haben daneben geringe Aussicht, als Garanten der Wissenschaftlichkeit jemals ernst genommen zu werden, wiewohl sie als tiefschichtiger Motive der Persönlichkeit des Wissenschaftlers diesen nicht selten gerade in unserem Zeitalter in private Gewissenskonflikte zu stürzen geeignet sind.

Das tiefere Anliegen in unserem Kulturkreis bleibt der mögliche Friedenszustand zwischen religiöser und wissenschaftlicher Haltung. Er ist möglich, wo das Religiöse sich nicht die Befugnisse des Richters über die profanen Wissenschaften aneignet, und wo der profane Wissenschaftler weiß, daß das *Mysterium Tremendum* über alle Wissenschaft erhaben, der wissenschaftliche Verstand im tiefsten Grunde, trotz aller Vorstöße ins Unendliche, endlich ist, und daß *Agape* oder der moralische Impuls, die Liebe und das tätige Mitleid, deren eine hochentwickelte Kulturgesellschaft bedarf, aus anderen Höhen oder Tiefen stammt als der bloß grübelnde und forschende Verstand, der seine autochthonen Tugenden und Regeln besitzt. Das Problem ist viel schwieriger und komplexer als die mannigfachen Simplifikationen zu seiner Erklärung es erscheinen lassen. Das nur sollte hier angedeutet werden. Damit aber zweigt unser Gedankengang ab zum ausschließlichen Thema des Verhältnisses von Wissenschaft und Moralität, und wir müssen beim Machtthema bleiben.

Im Hinblick auf den soziologischen Ursprung des betonten Zwiespalts zwischen „innerer“ Macht und „äußerer“ Macht und deren Verwirrung müssen wir auf den seltsamen, aber geschichtlich unausweichlichen Bund zwischen christlichem und römischem Erbe verweisen. Das christliche Ethos der Demut, der Liebe und der Unterordnung des Strebens nach irdischen Gütern unter das Streben nach den Gütern der „anderen Welt“ — wie Paulus dieses Ethos den Völkern im Gebiete des Römischen Reiches erklärte — stand zur „virtus“ des römischen Bürgers in diametralem Gegensatz. Das „neue Element“ konnte sich nur durchsetzen, nachdem beide Seiten des Gegensatzpaares ihr Wesen grundsätzlich geändert hatten. Im geteilten und zerfallenden Reich verlor der Römer seine „römischen Tugenden“ streng diesseitigen Daseinsbezuges sowie seine praktischen und organisatorischen Talente. Und das Christentum wurde allmählich zur festen Kirche.

⁶⁾ Vgl. z. B. Ralph Linton, *The Study of Man*, New York und London 1936, S. 347—366.

In dieser Form wurde es im Abendlande des späten elften Jahrhunderts zur herrschenden Macht. Die Ideen der Nächstenliebe, Demut, der grundsätzlichen Sündhaftigkeit aller Menschen, die Forderung der Unterordnung der Macht und der irdischen Güter unter die Sorge um das Seelenheil waren nun die moralischen Normen und Leitgedanken einer ausgesprochenen kirchlichen Herrschaftsorganisation, deren Träger diese Gebote oft und grausam verletzen. Die geschichtliche Ironie liegt nun darin, daß das hinsiechende Römertum dem Abendlande seinen Genius der Verwaltungskunst und der Machttechnik vererbte, und zwar zunächst durch das Medium der Kirche, die dadurch in ihrem moralischen Fundament gespalten wurde.⁷⁾

Hier liegt der eigentliche Ursprung des tiefen moralischen Unbehagens in der abendländischen Kultur. Das ihr von Anbeginn zugrunde liegende christliche Ethos, daß alle säkularen ethischen Formulierungen überdauerte, ja diese meist unbewußt und weitgehend inspirierte, kann das in sozialen Machtstrukturen natürlicherweise angelagerte und geschichtlich entwickelte Unrecht nicht ohne Skrupel oder gelegentliche Auflehnung hinnehmen.

Der innerlich Mächtige und Freie beherrscht sich selbst, und er beherrscht andere nur durch sein Beispiel. Der äußerlich Mächtige beherrscht Andere, und er kann nur herrschen, indem er die Freiheit dieser anderen beschränkt. Nicht immer in der Freiheitsbeschränkung der anderen, auf welcher Gesetz und Ordnung beruhen, aber im Freiheitsmaß der herrschenden Schichten oder Institutionen, die deren Versuchung darstellt, liegt die Essenz des sozialen Unrechts. Im Abendlande sind es aber nicht nur die „entrechteten Klassen und Völker“, die sich gegen das Unrecht empören, sondern christliche, liberale und schlechthin moralisch gewissenhafte Elemente in den nicht direkt betroffenen Bevölkerungsgruppen, welche entweder ethisch begründete Unsicherheit verspüren oder sich offen und geheim sozialen Protestbewegungen anschließen, gelegentlich sogar zu ihren Führern aufschwingen. Dieses soziale Phänomen ist vielleicht nicht ein-

zigartig und ist auch in anderen Kulturen, z. B. in Indien, zu beobachten. Als ganz eigentümlich erscheint aber der sporadisch immer wieder ausbrechende Zweifel am Sinn unserer Kultur und die Selbstbesinnung über die moralische Qualität der äußeren Einrichtungen, über die Berechtigung der Macht und der Machtverteilung, die von den sogenannten Naturrechtlern, von Thomas Morus, den Reformatoren, den Monarchomachen, Grotius, in einem spezifisch anderen Sinne von Hobbes, dann wieder von Locke, den französischen Aufklärern und endlich von der Vielzahl pessimistischer Denker des 19. und 20. Jahrhunderts vollzogen wurden. Der sogenannte „faustische Mensch des Abendlandes“, wie Spengler ihn zeichnete, ist wahrscheinlich nichts anderes als der innerlich unbefriedigte und verzweifelte Mensch, der immer nach neuen Lösungen für die unmögliche Aufgabe der Beschwichtigung seines eigenen Schuldgefühls sucht, diesem vergeblich zu entrinnen trachtet und sich in Zwischenstadien — total unspenglerisch ist diese Auslegung natürlich — dem schicksalhaften Widerspruch zwischen Macht und Ethos einfügt.

Denn kein Mensch des Abendlandes kann diesem Widerspruch entfliehen. Er ist geschichtliches, nichtumkehrbares und gemeinsames Schicksal, und nur ein Kulturkreis, der liebendes Ethos, Machtdrang und Knechtschaft so eng verband wie der europäische, weiß, was er leidet. Nietzsches Protest ist so vergeblich wie Schopenhauers Weltverneinung, und die liberalen Weltverbesserer haben so wenig Aussicht wie die kommunistischen Weltverschwörer in ihrem utopischen Bestreben, die moralischen Selbstwidersprüche aus dem Wege zu räumen, es sei denn, daß es gelingt, eine ganz neue und bessere Kultur durch die radikale Zerstörung der bisherigen ins Leben zu rufen. Das aber wollen weder Christen noch Liberale. Und die Kommunisten sind ein lebendiges Beispiel dafür, daß, wie groß und meßbar äußerer Machtanstieg und technischer Fortschritt in Rußland und China auch sein mögen, der Triumph menschlicher Liebe sich aus den Trümmern einer zerschlagenen Tradition nicht zu erheben braucht.

IV. Die politisch Mächtigen und ihr Gefolge

Damit kommen wir zum endlichen Thema politischer Macht. Die Macht hat viele Dimensionen,⁸⁾ und die Politik als die Steuerung des öffentlichen Lebens hat gleichfalls viele Gesichter. Es gibt nicht nur Staatspolitik, sondern auch Kirchenpolitik, Wirtschaftspolitik, Gemeindepolitik, Sozialpolitik, Militärpolitik, Parteipolitik, Interessenpolitik und viele andere Arten und Abarten politischer Tätigkeit. Mancherorts wird eine Unterscheidung getroffen zwischen „Autorität“ und „Macht“, insbesondere in bezug auf die politischen Sphären⁹⁾. Autorität komme — nach Jouvelet und Gablentz — aus dem „Sein“, z. B. dem des legitimen Herrscherhauses (nach Friedrich aus den überlegenen Qualitäten der Person), Macht dagegen komme aus der „Funktion“, z. B. der des gewählten oder ernannten Führers oder Premiers. Der englische Philosoph Bertrand Russell drückte den ähnlichen Sachverhalt so aus: „Der Premierminister hat mehr Macht als Ruhm, der König mehr Ruhm als Macht.“¹⁰⁾ Es kommt uns hier auf diese Unterscheidungen nur insofern an, als es Zeiten gegeben hat, in denen der König mehr „Macht“ hatte als seine Minister, und manchmal, in gewissen Ländern bis heute, stellt der „Ruhm“ der Krone mit

all ihrer Symbolkraft eine ganz besondere und sehr intensive Form politischer Macht dar¹¹⁾, wobei es nicht mehr darauf ankommt, ob die subtilen Unterscheidungen zwischen Autorität und Macht Gültigkeit haben oder nicht, denn es gibt die verschiedenen, auch diese begrifflichen Grenzziehungen einbeziehenden Ursprünge und psychologisch-soziologischen Untermauerungen der Macht, welche der amerikanische Politikwissenschaftler Charles E. Merriam in seinem Werke „Political Power“¹²⁾ die „Credenda und Miranda der Macht“ nannte, und welche auch der deutsche Soziologe und Ethnologe W. E. Mühlmann in Anlehnung an Rudolf Otto und unabhängig von Merriam gekennzeichnet hat.¹³⁾ Mühlmann zeigt die verschiedenartigen Gestalten — „Majestas“, „Energikum“, „Tremendum“, „Fascinans“ und „Mirum“ —, in denen die Psychologie des Machterlebnisses Herrschaften und deren Symbole in der Menschheit aufbaute. Diese Unterscheidungen des vielfältigen Machterlebnisses von der buchstäblichen Ehrfurcht vor der „hohen“ Majestät bis zum gleichsam mythischen Glauben an die Wunderkraft der Führergestalt möge man zusammenhalten mit Max Webers Begriffsgruppen der „charismatischen“ Herrschaft und inspirierten Gefolgschaft, der traditionsbedingten Herrschaft und Gefolgstreue und der „legalen“ Legitimation der Herrschaft¹⁴⁾ und es dürfte nun klar werden, wie sehr die Mächtigen von der psychologischen Bereitschaft und Empfänglichkeit der Vielen für das Machtverhältnis abhängen. Die Macht der Wenigen

7) In anderer Weise hat Helmut Schelsky dieses Thema behandelt, indem er unter anderem von den „institutionellen oder sozio-taktischen Anpassungen“ der kirchlichen Gemeinschaft spricht („Ist die Dauerreflexion institutionalisierbar?“ in: Zeitschrift für Evangelische Ethik, Heft 4, 1957, S. 153 ff.). Die amerikanischen Soziologen C. H. Cooley, R. C. Angell und L. J. Carr haben in: Introductory Sociology, New York 1933, S. 406 ff. das Thema der Institutionalisierung und ihrer Stufen in allgemeinerem Rahmen besprochen, der Schelskys Ausführungen in gewisser Weise ergänzt und bestätigt.

8) Bertrand Russell, Power: A Social Analysis, New York 1938, bietet eine im Rahmen des Möglichen vollständige Analyse der sozial wirksamen Machtformen, vgl. besonders Kapitel 4, 6—10.

9) z. B. Carl J. Friedrich, „Loyalty and Authority“, in: Confluence, Sept. 1954, S. 307—316. O. H. von der Gablentz, „Autorität und Legitimität im heutigen Staat“, in: Zeitschrift für Politik, 1/1958, S. 19 ff. Bertrand de Jouvenel, De la souveraineté, Paris 1955, S. 50 ff., usw.

10) a. a. O.

11) Vgl. Harold Nicolson, George V., deutsche Übersetzung München 1954.

12) New York 1934; Neuausgabe in: A Study of Power, Glencoe (Ill.) 1950, Kapitel IV.

13) „Aspekte einer Soziologie der Macht“, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd. 41/1952, S. 84—114.

14) Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Aufl., Tübingen 1947 1. Halbbd., S. 124 ff.; vgl. auch: Politik als Beruf, S. 9 f., und Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Halbbd., S. 650 ff. und 753 ff. zum Thema der Bürokratie und der „charismatischen Herrschaft“.

ruht in mannigfaltigen Formen auf dem G l a u b e n u n d V e r t r a u e n der Vielen. Ohne die duldende und zustimmende P a r t n e r s c h a f t d e r M e n g e scheint es keine menschliche Macht geben zu können.

Dies hängt paradoxerweise zusammen mit dem, was unterschiedlich in der Literatur von G. Mosca, R. Michels bis C. Merriam, Karl Mannheim und Arnold Toynbee der „Kreislauf der herrschenden Klassen“, das „eiserne Gesetz der Oligarchie“, „the poverty of power“, die „plānende Elite“, die „schöpferischen Minoritäten“ genannt worden ist. Die Quintessenz dieser Feststellungen ist immer, daß überall, selbst in der Demokratie, die Mehrheit als solche keine d i r e k t e Herrschaft ausüben kann. Selbst „bei Wahlen“, sagte Mosca, „wie bei jeder anderen sozialen Tätigkeit, zwingen diejenigen, die einen festen Willen und die moralischen, geistigen und materiellen Mittel zu seiner Durchsetzung haben, ihren Willen den anderen auf Aber die einzigen, die die Chance besitzen, [zu gewinnen], sind diejenigen, die von einer Gruppe, einem Komitee, kurzum von einer organisierten M i n d e r h e i t aufgestellt worden sind.“¹⁵⁾ Aber das Gehorsamsverhältnis der Vielen ist teilweise kompensiert durch das physische Unvermögen „des Herrschers“, die Herrschaft a l l e i n e auszuüben. Er bedarf eines Stabes oder einer Klasse oder einer Partei oder aller dieser Hilfsquellen, die aus Tradition, Überzeugung, Pflicht, Bewunderung, Interesse oder Prestige Gründen mit ihm solidarisch sind und die subsidiären Kontrollen ausüben. Es gibt keinen „Monarchen“ — um zunächst bei ihm zu bleiben — im buchstäblichen Sinne, der „alleine herrscht“. Soziale und symbolische Auszeichnungen (Rang, Uniform, Ehrenzeichen u. s. w.) oder materielle Belohnung oder beide sind die Mittel, mit denen der offizielle Machthaber seine e n g e r e Gefolgschaft an sich kettet. Furcht vor Bestrafung für Non-konformität, sowie Privilegien, Prestige und „esprit de corps“ erzeugen die innere Kohäsion der herrschenden Gruppe, welche die Herrschaft im Kontakt mit der Masse ausübt. Die gemeinsame Furcht vor dem Verlust der Macht, der Privilegien, des Prestiges und ein gewisses Mehr an psychologischer Bindung an die gesellschaftlichen Institutionen, die ihre Macht und ihr Prestige begründen und symbolisieren, verstärken das gemeinsame Interesse und ketten die Mitglieder der privilegierten Gruppe intensiver aneinander, an den „Herrscher“ und den „Herrscher“ an die engere Gefolgschaft. In jedem Falle sind die Herrscher und die Gesamtgruppe der Privilegierten abhängig vom Können und von der Loyalität jedes Einzelnen in ihrer Gruppe, der als Berater, als Feldherr, als Statthalter, als Botschafter u.s.w. entscheidende Funktionen der Mitherrschaft ausübt. Das Versagen eines oder mehrerer einzelnen in dieser Gruppe kann u n t e r U m s t ä n d e n den Sturz des gesamten Herrschaftssystems herbeiführen, es jedenfalls intensiv gefährden. In diesem Zusammenhang taucht unwillkürlich die Erinnerung an das Schicksal des deutschen Kaisertums im Mittelalter und an das Versagen des Feudalsystems im Heiligen Römischen Reiche deutscher Nation auf. „Jeder Führer wird auch geführt“, im Guten wie im Bösen.

Es ist einleuchtend, daß die soeben gekennzeichneten Regeln in erster Linie für Monarchien, Aristokratien und die künstlichen Eliten eines auf Parteidiktatur beruhenden Staatswesens gelten. Das Verhältnis des offiziellen „Machthabers“ und der „führenden Schicht“ einerseits zur b r e i t e n Gefolgschaft andererseits hat aber auch seine besonderen Nuancen. Es handelt sich auch hier n i e m a l s um ein einseitiges Herrschaftsverhältnis, wie oft naiverweise angenommen wird, sondern um ein W e c h s e l s e i t i g k e i t s v e r h ä l t n i s. Die Masse muß „königstreu“ sein, sie muß an die Berechtigung der Privilegien der regierenden Oberschicht glauben. Ihr Wunderglaube muß auch den d u x, den „Führer“ in der Diktatur, mit überirdischer Begabung ausstatten, der alle Schwierigkeiten souverän zu meistern versteht. Der Glaube an das „Gottesgnadentum“ wird dennoch untergraben, wo das soziale Unrecht sich anhäuft über die Generationen, und Revolutionen bahnen sich langsam an, wenn der Machtmißbrauch herrschender Schichten zu offensichtlich wird. Und der Wunderglaube an den caesarischen „Führer“ erlischt, wenn er „nur Mensch“ wird,

der anderen Menschen erliegt. Auch hier brauchen wir nicht alle Mitglieder der Nation, nicht einmal eine Mehrheit, gegen die bestehenden Institutionen aktiv Sturm zu laufen. Eine militante Minderheit genügt, genau so wie eine aktive Führerschicht genügt, um die Masse des Volkes in normalen Zeiten in Treue den herrschenden Schichten und Institutionen dienen zu lassen. Aber im Gesamtvolke darf kein verbreitetes Gefühl intensiver moralischer Entrüstung gegen die Machthaber entstehen. Sobald dies geschieht, besteht für die herrschende Schicht die Gefahr der Zusammenrottung militanter Minderheiten, welche den Umsturz, unter wenigstens passivem Beifall des Volkes, vollziehen. Manchmal mißglückt der Versuch, wie z. B. im historischen Bauernaufstand. Doch ist die Geschichte aller erfolgreichen Revolutionen die Geschichte des aktiven Aufstandes von Minderheiten gewesen, welche von der Mehrheit des Volkes entweder apathisch geduldet oder aktiv unterstützt wurden.

Gerade d a s wissen die modernen totalitären Systeme. Aus diesem Grunde üben sie Kontrollen aus, die nicht nur in einem bis zum Extrem gehenden Spionagedienst am eigenen Volk bestehen, sondern schwere, abschreckende Strafen für politischen Widerstand der minimalsten Art verhängen, ja den auch nur leise Verdächtigten gesellschaftlich, politisch, oft auch wirtschaftlich abschnüren. Daneben aber geht die beständige einseitige Indoktrinierung aller Bevölkerungsschichten vor sich, insbesondere der Jugend, mit Ideen, welche die brutalen Gewaltakte ihrer Regierung als Liebeshandlungen im Dienste der Menschheit, Aggression als Friedensbestrebung und eine rachsüchtige Justiz als das Symbol einer wahrhaft „freien Gesellschaftsordnung“ erscheinen lassen sollen. Man belächle diese Dinge nicht in der falchen Annahme, daß „dieser Betrug doch jedem augenscheinlich“ werden müsse. Ich erinnere mich an das Beispiel eines australischen Geschichtsprofessors, der 18 Monate zu Beginn der Naziherrschaft in Deutschland zubrachte, um nach seiner Rückkehr in sein Heimatland ein Buch darüber zu schreiben mit dem Titel „The House which Hitler built“. Er bekannte darin, daß in den anderthalb Jahren seiner Isolierung von der Außenwelt und unter dem Eindruck der ununterbrochenen, oft unnachprüfaren Propagandabeauptungen, welchen er fortgesetzt und überall ausgesetzt war (wie die Deutschen), selbst in ihm, dem überzeugten ausländischen Antifaschisten und Anti-Nazi, Vorurteile entstanden, so daß es ihn einige Mühe kostete, um sie später nach seinem Verlassen Deutschlands zu revidieren und wieder abzustoßen.

Das ist die diabolische Gründlichkeit des totalitären politischen Systems: Es duldet keine Opposition, erstickt sie im Keime und ist die einzige öffentliche Informationsquelle und -kontrolle in seinem Machtbereich. Es macht aus Schulen, Hochschulen, Presse, Literatur, Theater, Kino, Rundfunk und allen anderen Unterhaltungsmedia Ausstrahlungszentren der Propaganda, die nichts anderes darstellen als Mittel zur Monopolisierung und Verewigung der politischen Macht „der herrschenden Schicht“. Diese herrschende Clique weiß, wie ungeheuer wichtig die Gefolgschaft der Mehrheit im Volke ist und gönnt ihr daher nicht die geringste Spur der freien Meinungsbildung. Auf diesem Wege wird für die Clique die Gefahr des Verlusts der Gefolgschaft minimalisiert. Denn wo freie Information und Meinungsbildung sowie deren Verbreitung der Menge nicht zugänglich sind, da ist die Möglichkeit auch nur des passiven Massenwiderstandes aufs Äußerste reduziert, zumal auf Grund des physischen Machtmonopols eine unorganisierte Mehrheit, und das heißt jeder Einzelne in ihr a l s E i n z e l n e r ohne Aussicht auf wirksame solidarische Hilfe, der straff disziplinierten Parteihierarchie und -organisation mit ihrer rücksichtslosen physischen Gewaltanwendung gegenübersteht.

Aus diesem Grunde kann ich nicht glauben, daß die f ü h r e n d e n K o m m u n i s t e n Moskaus von ihrer eigenen Ideologie so überzeugt sind, wie einige westliche Interpreten der russischen Szene, z. B. der italienische Botschafter in Bonn, Dr. Pietro Q u a r o n i¹⁶⁾ dies ehrlich annehmen. Ideologien sind entweder Glaubenssache, oder sie sind Werkzeuge zur Beherrschung der Massen. Die Massen mögen (und es

16) vgl. „Ost und West und die Gipfelkonferenz“, Berlin-Dahlem 1958, S. 7 ff.

15) Gaetano Mosca, Die herrschende Klasse, München 1950, S. 134 f.

hat den Anschein, daß sie dies in Rußland weitgehend tun) an die ihnen beständig und ohne Wahlfreiheit aufgetischten Dogmen glauben, wenn auch vereinzelt mit Vorbehalten und innerer Unsicherheit. Aber in bezug auf die Führer kann man zumindest zweierlei Meinung sein. Sie haben das Mittel einseitiger Ideologie, die sie zudem oft und nach willkürlichen, völlig zeitbedingten Machtgesichtspunkten abgeändert und manipuliert haben (z. B. von der marxistischen und leninistischen kosmopolitischen Ausrichtung zum engherzigsten großrussischen Nationalismus), so sehr als zweckdienliches Werkzeug zur Perpetuierung ihrer eigenen Machtherstellung verwandt, daß es schwerfällt, ihnen bona fide Überzeugung an die wesentlichen Stücke ihrer eigenen Theorie zuzugestehen. Dieser Gedanke ist unabhängig von der Tatsache, daß in bezug auf das Resultat ihrer Innen- und Außenpolitik es wenig darauf anzukommen scheint, ob diese Männer an die Inhalte der von ihnen propagierten Lehren selber glauben oder nicht. Sie haben einstweilen durch die Kunstgriffe der ideologischen Beeinflussung das Volk weitgehend in seiner Haltung neutralisiert, ja

aktiviert im Sinne der Einpartei-Herrschaft, eine militante engere Gefolgschaft an sich gekettet, die ihnen als die zweitrangige „dienende Elite“, teils aus Überzeugung, teils aus Prestige- und Erfolgsgründen für die jeweils eigene Person, teils aus Furcht vor Bestrafung für Non-Konformität anhängt, und die im Kontakt mit der Masse die örtlichen Kontrollen ausübt. Die Machtkämpfe, die sich zeitweise ereignen, sind wesentlich auf die Spitzengruppe beschränkt, obgleich die kämpfenden Individuen jeweils ihre Anhänger in den Reihen der Zweitrangigen haben, ohne daß dadurch aber bisher die Grundlagen der Parteiherrschaft als solcher auch nur berührt worden sind. Solange die russischen Machthaber außerdem hoffen können, daß gewisse Kreise in anderen Völkern sich von ihren Lehren noch düpiieren lassen, haben sie auch keine Ursache, die Grundlinien ihrer Außenpolitik, die auf vorläufig unbegrenzte Machterweiterung abzielt, zu revidieren, zumal die Einigkeit und Festigkeit der Völker und Staatsmänner des Westens, die ihre primären Gegenspieler sind, nie sicher zu sein scheint.

V. Und die Demokratie?

Im Gegensatz zur Monarchie, zur Aristokratie und zum Einparteiensystem ist der Machtkampf in der „repräsentativen Demokratie“ theoretisch unbegrenzt. Eine „ideale Demokratie“ im Sinne der Selbstherrschaft des Gesamtvolkes kann es in größeren menschlichen Verbänden nicht geben, wie Aristoteles, Tocqueville und Rousseau schon vor Mosca wußten. Jeder im Vollbesitze der Bürgerrechte befindliche Staatsbürger hat theoretisch die Möglichkeit, sich um jedes politische Wahlamt zu bewerben. In Wirklichkeit entscheidet allerdings nicht nur seine Popularitätsrate in der Wählerschaft darüber, ob ihm das Amt erreichbar ist, sondern auch seine Fähigkeit, sich mit den Instanzen seiner Partei auf „guten Fuß“ zu stellen. Innerhalb der Parteihierarchien gibt es dann den inoffiziellen und nicht immer erbaulichen Kampf, „das Tauziehen“, um die höheren oder niederen Ränge. Wo, im Gegensatz zur Aristokratie oder zur erblichen Monarchie, die Zahl bzw. Auslese derer, die in die entscheidenden Ämter kommen, von vornherein nicht beschränkt ist, da besteht nach Bertrand Russell¹⁷⁾ hohe Wahrscheinlichkeit, daß diejenigen im Volke, die ein über den Durchschnitt hinausgehendes Verlangen nach Macht haben, in die besonders begehrten und machtragenden Ämter gelangen. In der erblichen Monarchie und der Aristokratie bestimmt das Privileg der Geburt den Machtstatus, und nicht jeder, der diesen Status hat, ist an Macht interessiert. In der Demokratie stehen die Menschen ohne politisches Machtinteresse gewöhnlich abseits, gleichgültig aus welchen Klassen und Schichten sie stammen, aber leider auch gleichgültig, welches moralische und geistige Niveau sie auszeichnet. Es ergibt sich, daß aus solchen und ähnlichen Gründen die Demokratie in Krisenzeiten besonders anfällig ist für die Wirkung des rücksichtslosen Machtmenschen und Demagogen, der sich nicht nur in seiner engeren politischen Umgebung durchzusetzen versteht, sondern im Interesse der Machtgewinnung die öffentliche Meinung und Stimmung durch seine geistig und moralisch indifferenten Methoden vergiftet. Über diesen besonderen Umstand und verwandte Erscheinungen, die wir durchlebt haben, gibt es heute aufschlußreiche Abhandlungen wie diejenigen von Hannah Arendt¹⁸⁾ und J. L. Talmont¹⁹⁾. Es ist aber bemerkenswert, daß ein unermeßlich viel harmloserer, doch immerhin in gewisser Weise intensiver Machtkampf den Interessenten und Parteienstreit sowie den Streit um Rang und Vorteil gewisser Persönlichkeiten oder Gruppen beständig in fast allen Demokratien begleitet.

Bertrand Russell erklärt, daß dieser Machtkampf in der Demokratie nur begrenzt werde durch das Vorkommen anderer Verhaltensmotive in den Politikern, z. B. Bequemlichkeit, Genußsucht und Wunsch nach dem Beifall der Menge. Dies allerdings erscheint mir als eine reichlich

zynische Erklärung der persönlichen Triebkräfte in der Demokratie. Ich bin nicht der Meinung, daß ein hoher demokratischer Amtsträger wie z. B. der amerikanische Präsident Eisenhower ein ausgesprochener politischer Machttyp ist. Im Gegenteil, Eisenhower hat oft bewiesen, z. B. auch in dem Falle des seinerzeitigen, inzwischen verstorbenen U.S.-Senators Joseph McCarthy, daß ihm der rauhe politische Machtkampf nicht liegt. Auch kann man kaum von ihm behaupten, daß er sich seinen Weg mit aller Kraft in die führende Stellung seiner Partei bahnte, obgleich er, nachdem ihm die Präsidentschaftskandidatur von anderen angetragen wurde, den Wahlkampf mit dem in Amerika üblichen Brimborium und Verve führte. Auch glaube ich nicht, daß — — um bei dem Beispiel des mächtigsten Mannes in den westlichen Demokratien zu bleiben, obgleich die Beispiele beliebig vermehrt werden könnten — — Mr. Eisenhower an „Bequemlichkeit“ und übermäßiger „Genußsucht“ leidet. Auf einen Mann, der jeden Arbeitstag um 7 Uhr früh beginnt und oft bis spät in die Nacht hinein arbeitet, dabei, wie so viele amerikanische Präsidenten vor ihm, seine Gesundheit geopfert hat, darf man bestimmt derartige Clichés nicht anwenden. Sein „Wunsch nach öffentlichem Beifall“ scheint gleichfalls nicht so stark ausgeprägt zu sein, daß er nicht einige höchst unpopuläre Maßnahmen, oft gegen den beifallssüchtigeren U.S.-Kongreß, vertrat, z. B. Widerstand gegen die Steuersenkung in einem Wahljahre, Widerstand gegen gewisse Vorrechte des mächtigen landwirtschaftlichen Interessentenblocks, Ernennung des unpopulären Lewis Strauß zum Handelsminister, Beibehaltung des während seiner Amtszeit oft sehr unbeliebten Außenministers John Foster Dulles. Ob er in all diesen Sparten weise gehandelt hat, steht hier nicht zur Debatte. Aber zur Debatte steht, daß es andere Eigenschaften außer dem Machttrieb und den anderen von Russell und ähnlichen Kritikern bezeichneten Eigenschaften und Motive des erfolgreichen demokratischen Staatsmannes geben muß. Es soll nicht bestritten werden, daß der Machttrieb erfahrungsgemäß eine bedeutende Rolle spielt, aber es erscheint offensichtlich, daß in der erfolgreichen Demokratie, genau so wie in anderen dauerhaften, nicht ausschließlich auf Tyrannei basierenden Regierungsformen, auch eine gute Ration von Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein, von Patriotismus, von Hingabe an die Sache, von moralischer Konzeption der Aufgaben im Staate bei einer fühlbaren Mehrzahl von Politikern vorhanden sein muß, damit beim Volke der Glaube an die Führung in der Demokratie nicht langsam erlischt. Denn dann könnte sich leicht das tragische Spiel wiederholen, das wir schon einmal zu unser aller Unglück erlebt haben. Es dürfte feststehen, daß von allen Regierungsformen keine so sehr von der Volksgunst abhängt wie die Demokratie. Mit diesem kostbaren und sehr zerbrechlichen Gute des Volksglaubens an die Demokratie leichtfertig umgehen, wie es unter der Besatzung in Deutschland leider gelegentlich geschah und wie es gelegentlich durch die eigenen Repräsentanten der Demokratie in Deutschland, aber ähnlich

17) a. a. O.

18) The Origins of Totalitarianism, New York 1945, insbes. Kap. 10 und 11.

19) The Origins of Totalitarian Democracy, London 1952.

auch in nicht wenigen anderen Demokratien, geschieht, ist das Fundamentalverbrechen an der Demokratie.

Was die Demokratie vor allem anderen braucht, ist eine wirkliche Elite von politischen Repräsentanten. Was sie weiterhin braucht, ist eine wache, am Geschäft des Politikers aktiv teilnehmende Bevölkerung, die diesen überwacht und sich nicht von ihm als Werkzeug und Mittel mißbrauchen läßt. Was sie schließlich braucht, ist politische Weisheit und Pflichtbewußtsein in höchsten Ämtern und eine geschulte politische Intelligenz im Volke.

Der Bogen des Vortrags war weitgespannt. Ich habe mich bemüht, die unvergleichliche Widerspruchsfülle und Weite des abendländischen Geistes wenigstens andeutungsweise zu umreißen. Es konnte dabei nicht ausbleiben, daß die Mächtigen und ihr Gefolge auf den verschiedenartig-

sten und durch Gegensätze bezeichneten Gebieten aufgesucht wurden. Denn was ist wohl gegensätzlicher als die „innere“ Macht des religiös oder sonstwie inspirierten moralischen Helden und die „äußere“ Macht des Staatsmannes, wenn dieser nicht auch zugleich seine Wurzeln in moralischen Prinzipien hat?

Ludwig Freund, Dr. phil., geb. 22. 5. 1898 in Mülheim/Ruhr. Emigrierte 1934 in die Vereinigten Staaten, dort von 1937 bis 1947 Ordinarius für Soziologie und Politische Wissenschaften am Rigson College in Wisconsin. Seit 1947 Ordinarius für politische Wissenschaften und Sozialphilosophie an der Roosevelt-Universität, Chicago. 1951 Gastprofessor an der Universität Erlangen, 1953 an der Northwestern University. Augenblicklich zu Forschungsarbeiten für zwei Jahre in Deutschland. Hauptwerke: „Am Ende der Philosophie“, „Motive der amerikanischen Außenpolitik“, „Politik und Ethik“. In Vorbereitung: „Freiheit und Unfreiheit im Atomzeitalter“.

G. E. WHEELER

Rußland und der Nahe Osten

Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber haben wir diesen Artikel der Juli-Nummer 1959 der Zeitschrift „International Affairs“ entnommen.

Während der letzten vier Jahre hat der Nahe Osten die ernstesten der vielen Bemühungen Rußlands erlebt, dort seinen Einfluß geltend zu machen. Sie sind teils deshalb die bedeutendsten, weil Rußland nie zuvor so mächtig oder so gut organisiert war, teils weil sich der Charakter des Nahen Ostens während der letzten 25 Jahre und besonders seit dem letzten Kriege grundlegend geändert hat.

Meiner Aufgabe entsprechend möchte ich versuchen, dieses Problem als Ganzes zu betrachten und nicht nur im Hinblick auf die gegenwärtige Situation. Ich möchte zunächst auf Rußlands geographische Lage im Hinblick auf den Nahen Osten aufmerksam machen, denn mir scheint, dies ist von uns oft übersehen worden; nicht jedoch von den Russen. Für sie ist es nicht der Osten, sondern der Süden. Und seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der südliche Teil Rußlands vom Kaspischen Meer bis in die äußere Mongolei stets von Millionen Moslems bevölkert, die durch ihre Kultur und Rasse eng mit den Menschen jenseits der Grenzen in der Türkei, im Irak, Persien und Afghanistan verbunden sind. Dieser Moslem-Teil ist jetzt in sechs Republiken gegliedert und wird von der sowjetischen Regierung als Schaufenster benutzt, um die Länder des Ostens zu beeindrucken. Ebenso soll er eine kulturelle Brücke zwischen der Sowjetunion und dem Nahen Osten sein.

Die Geschichte der Beziehungen Rußlands zum Nahen Osten ist von erheblicher Wichtigkeit. Sie war in der zaristischen Zeit und auch

in der sowjetischen Zeit — abgesehen von den letzten Jahren — eine Geschichte der Fehlschläge. Ich habe nicht die Absicht, bis in alle Einzelheiten zu gehen, aber ich muß kurz die Geschichte der Zaren berühren, da die sowjetische Politik des Nahen Ostens keineswegs, wie viele behaupten, etwas völlig Neues ist. Die Revolution brachte viele Veränderungen für das russische Leben, doch konnte sie nicht

das russische Klima oder Rußlands geographische Lage verändern. Ich bezweifle sogar sehr, daß sie den russischen Volkscharakter, oder die Ziele Rußlands geändert hat. Diese schließen noch immer die Festigung russischen Einflusses im östlichen Mittelmeergebiet und am Persischen Golf als bestes Mittel ein, Rußlands Interessen zu fördern und es vor Angriffen des Westens zu schützen.

Die arabische Welt wußte kaum von Rußlands Existenz

Bis zum ersten Weltkrieg gab es im Nahen Osten nur zwei souveräne Staaten: die Türkei und Persien, und mit beiden hatte Rußland gemeinsame Grenzen. Transkaukasien und Zentralasien, die Teile Rußlands, die an den Nahen Osten angrenzen, wurden von fast vier Fünftel der etwas über 20 Millionen russischen Moslems bewohnt, von denen eine starke Mehrheit durch Rasse und Kultur türkisch war. Man hätte erwarten können, daß diese Umstände Rußland große strategische, politische und kulturelle Vorteile gegenüber seinen westeuropäischen Rivalen gebracht hätten. In Wirklichkeit machte jedoch Rußlands Einfluß im Nahen Osten keine Fortschritte, was wohl größtenteils an der eigenen wirtschaftlichen und politischen Rückständigkeit lag. Eine Ausnahme bildete Persien, wo der Druck auf Handel und Militär Rußland eine beachtliche Stellung einbrachte. Sonst war Rußland überall von den westeuropäischen und

den Mittelmächten blockiert oder überflügelt. Seine wiederholten Versuche, sich die Kontrolle und das Vorrecht über die Meerengen des Schwarzen Meers und die Dardanellen zu sichern, waren gescheitert. Seine Pläne, nach Alexandrette und bis zum Persischen Golf Eisenbahnlinien zu bauen, wurden von Deutschland durchkreuzt. Selbst in Persien wurden seine kommerziellen und politischen Pläne durch die Englisch-Russische Annäherung von 1907 stark eingeschränkt. Die arabische Welt wußte kaum etwas von Rußlands Existenz.

Als die Türkei auf der Seite Deutschlands in den ersten Weltkrieg eintrat, erneuerten sich Rußlands Hoffnungen, in den Besitz von Istanbul und der Meerengen zu gelangen. Diese waren ihm tatsächlich im sogenannten „Sykes-Picot Abkommen“ von März 1916 versprochen worden, das aber ungültig wurde, als Rußland

nach der Revolution mit Deutschland einen Separatfrieden schloß. Als eine seiner ersten Handlungen veröffentlichte Lenin die Bedingungen dieses unratifizierten Vertrages als schlagendes Beispiel für imperialistische Methoden im Gegensatz zu denen des neuen sowjetischen Regimes.

Inwieweit die sowjetischen Führer zu den traditionellen Zielen der russischen Politik im Nahen Osten zurückkehrten, ist eine unstrittene Frage. Aber es besteht kein Zweifel, daß die Auswirkung der Revolution nicht nur bei den Völkern des Nahen Ostens sondern auch bei den ca. 20 Millionen russischen Moslems die lang aufgeschobene Ausweitung des russischen Einflusses begünstigte. Stalins Auffassung von der ‚Revolution im Osten‘ sah eine lockere Vereinigung der russischen Moslem-Völker vor, welche allmählich auch die angrenzenden Moslem-Länder umfassen würde. Die Umstände für die Verwirklichung dieses Planes schienen günstig: das türkische Reich war im Begriff zu zerfallen und damit auch die weltliche und geistliche Führerschaft der Türkei in der moslemischen Welt: es herrschte eine Art Chaos im ganzen Nahen Osten. Aber die äußeren Umstände ließen den Plan mißlingen: die zwei Millionen russischer Siedler in den Moslem-Gebieten widersetzten sich energisch jeder Art von Unabhängigkeitsgarantie für die

Moslems. Dies hatte heftigen Widerspruch der Moslems gegen das sowjetische Regime zur Folge, und bald war es offensichtlich, daß keine unmittelbare Hoffnung bestand, die russischen Moslems zur weiteren sowjetischen Politik des Nahen Ostens zu gebrauchen.

Da die ‚Revolution im Osten‘ die Hoffnungen der sowjetischen Führer durch ihre Art und ihren Ablauf enttäuschte, mußte man mit anderen Methoden an die Ziele der sowjetischen Politik herangehen. Es gibt Gründe anzunehmen, daß in den Anfängen des sowjetischen Regimes ziemliche Unklarheiten über die Art dieser Ziele bestanden. Der Idealist in Lenin mag vielleicht den aufrichtigen Wunsch gehabt haben, den ‚Nahen Osten vom Kolonialismus zu befreien‘, und dieser angebliche Wunsch wird heute ständig wiederholt. Doch war die sowjetische Politik in Wirklichkeit viel mehr von zweckmäßigen als von altruistischen Überlegungen erfüllt, die — wenngleich zu einem geringen Teil — auch die zaristische Politik bestimmt hatten. Im Großen und Ganzen kann man sagen, daß, was auch immer Lenins persönliche Ansicht gewesen sein mag, die sowjetische Regierung schnell zu der zaristischen Überzeugung zurückkehrte: Rußlands Zugang zum Mittelmeer und zum Persischen Golf und der Schutz gegen Angriffe vom Westen sei nur dann gesichert, wenn die Unabhängigkeit Persiens und der Türkei abgeschafft würde.

Anziehungskraft der Revolution überschätzt

Erste sowjetische Bemühungen, einen Stützpunkt im Nahen Osten zu gewinnen, waren zufällig und unsystematisch. Man unterstützte wirtschaftlich und militärisch Kemal und die türkische Nationalbewegung. 1921 wurden mit Persien und Afghanistan Verträge unterzeichnet. Fast gleichzeitig versuchte man, eine sowjetische Republik in Gilan aufzurichten. Etwas später wurde ein sorgfältig geknüpftes Netzwerk der Spionage, Propaganda, Handelsmissionen und Zersetzung in Persien und in kleinerem Ausmaße auch in Afghanistan angelegt. Gleichzeitig wurde den Aserbeidschanern, Turkmenen, Usbeken, Tadschiken und anderen Minoritäten in Persien und Afghanistan angeboten, in die UdSSR zu wandern. Die meisten dieser Pläne waren schlecht und sind ebenso schlecht ausgeführt worden. Die sowjetische Regierung überschätzte größtenteils die Anziehungskraft der Revolution und des russischen Einflusses. Die Türken waren sehr geneigt, zur eigenen Wiedererstarkung materielle Unterstützung anzunehmen, doch danach wollten sie mit den Russen nichts mehr zu tun haben, denen gegenüber sie schon immer Furcht und Mißtrauen hegten und deren Agenten und Repräsentanten nun größtenteils zu den Rassen gehörten, die immer das Ziel ihrer traditionellen Abneigung gewesen waren. Zunächst waren die Perser von den sowjetischen Freundschaftsbeteuerungen und ihrer Absicht, alle der zaristischen Regie-

rung zugestandenen Konzessionen wieder aufzuheben, angenehm beeindruckt. Aber sie wurden durch die Landung sowjetischer Streitkräfte in Gilan beunruhigt; dazu durch eine Armee sowjetischer Spione und Handelsagenten, die in die Städte von Nordpersien strömten. Auch waren die Nachrichten aus dem Innern Transkaukasien und Zentralasien so wenig ermutigend, daß die Sowjets nur eine geringe Anzahl von Turkmenen, Tadschiken und Belutschen zur Auswanderung veranlassen konnten. Ganz besonders unglücklich für die Absichten der sowjetischen Regierung im Nahen Osten war das gleichzeitige Auftreten zweier der stärksten und entschlossensten Führer, die die Türkei und Persien jemals erlebt haben. Die immer noch schwachen und unsicheren Nachfolgestaaten des zerfallenen türkischen Reiches unterstanden größtenteils britischer oder französischer Mandatsaufsicht und Militärherrschaft und waren somit einer sowjetischen Durchdringung entzogen.

Das Jahr 1929 kennzeichnet das Ende der ersten Phase sowjetischer Politik im Nahen Osten. Teilweise scheiterte sie am Aufkommen des Nationalismus im Nahen Osten, teilweise wegen der Opposition des Westens, aber größtenteils — meiner Meinung nach — an sowjetischen Fehlkalkulationen und an ihrer Überstürztheit. Einige Betrachter stimmen jedoch mit dieser Meinung nicht überein. Sie sehen

in der Entwicklung sowjetischer Politik im Nahen Osten einen sorgfältig arrangierten Fortschritt. Sie sagen, daß die sowjetische Regierung 1929 die drohende Weltwirtschaftskrise sowie die bevorstehende Vorherrschaft des Faschismus in Deutschland geahnt habe, und daß sie deshalb mit ihren Versuchen, eine Revolution anzuzuregen, innehielt.

Der Wandel in den sowjetischen Methoden mag verschiedene Gründe gehabt haben, aber es ist eine Tatsache, daß Rußlands Politik im Nahen Osten bis 1929 keinerlei Fortschritte gemacht hatte. Ebenso wenig Fortschritte machte sie in der Zeit der normaleren Beziehungen, die 1930 begann und sich bis zum Eintritt Rußlands in den zweiten Weltkrieg im Juni 1941 fortsetzte. Versuche, das Meerengen-Abkommen zu revidieren scheiterten. Die Beziehungen zur Türkei waren nahezu gespannt. Der russische Einfluß auf Handel, Politik und Kultur in Persien war 1941 weit geringer als vor der Revolution. Die arabische Welt war sich der Existenz Rußlands kaum bewußt, und jegliche kommunistische Infiltration war auf die unzufriedene Intelligenz beschränkt.

Der Eintritt in den Krieg an der Seite Englands und die gemeinsame Besetzung Persiens gab Rußland den Einlaß in den Nahen Osten, den es bislang nicht gehabt hatte. Seine diplomatischen und sogar militärischen Vertreter konnten sich mit neuer Freizügigkeit bewegen, und die britische Propaganda berichtete im Nahen Osten von den ungeheuren Hilfsquellen, von der Erfahrung und dem Edelmut des neuen Verbündeten. Bis 1945 waren in Kairo, Beirut, Damaskus und Bagdad sowjetische Gesandtschaften eröffnet und somit in der arabischen Welt ein fester Stützpunkt errichtet. Nur in Persien sah man die anglo-russische Zusammenarbeit und Freundschaft mit wachsender Befürchtung.

Man hätte erwarten können, daß es nach dem kläglichen Scheitern der alten sowjetischen Methoden des Umsturzes, des direkten Handelns und der Parteinahme für die Minorität der sowjetischen Regierung zweckmäßig erscheinen würde, bei diesen neuen und günstigen Voraussetzungen neue Methoden anzuwenden. In der Tat ließ das vorbildliche Verhalten der Roten Armee in den ersten Tagen der Besetzung Persiens annehmen, daß man sich für eine versöhnlichere Taktik entschieden hätte. Doch bald erwies sich die Gelegenheit zu verlockend, einen großangelegten Umsturz zu entwickeln, die britischen Interessen zu sabotieren und die Minderheiten für das sowjetische Lager zu gewinnen. Man arbeitete Pläne aus, die eine Revolution gegen das herrschende Regime, die Lösung der reichen Provinz Aserbeidshan, ihre Vereinigung mit Sowjet-Aserbeidshan und die Autonomie von Kurdistan vorsahen — in Wirklichkeit die Aufhebung der Unabhängigkeit Persiens und seines Bündnisses mit dem Westen. Die sowjetische Regierung nahm offensichtlich an, daß der Westen keinen neuen Krieg riskie-

ren wolle und daß eine Machtentfaltung in Persien und an der türkischen Grenze eine schnelle Verwirklichung der sowjetischen Ziele herbeiführen würde. Ebenso unterschätzte man weitgehend die Elastizität und den Scharfsinn Persiens. Rußland wurde schnell durch westlichen Druck gezwungen, seine Truppen aus Persien zurückzuziehen; darauf erfolgte der Zusammenbruch der Unabhängigkeitsbewegungen in Aserbeidshan und Kurdistan und tatsächlich der Rückgang des sowjetischen Einflusses. Den Umfang dieses Rückschlags der sowjetischen

Politik kann man am besten aus den verschiedenen Apologien ersehen, die seitdem in der Form von Büchern, Vorträgen und Artikeln erschienen, interessantes Material, das im Westen weitgehend unbekannt war. Was auch immer damals die Gründe gewesen sein mögen — die Bedeutung dieses ersten sowjetischen Wagnisses in der Weltmachtspolitik nach dem Kriege ist den Völkern des Nahen Ostens vom Westen nie klar gemacht worden; und wenn diese die Tatsachen je gekannt haben, so haben sie sie jetzt offensichtlich vergessen.

Keine Fortschritte in Persien und der Türkei

Anderswo fehlten die gleichen Vorwände für direktes Handeln, und dort ging Rußland seinen Zielen vorsichtiger entgegen. Nachdem die sowjetische Regierung den bestehenden Neutralitäts- und Nichtangriffspakt mit der Türkei 1945 gekündigt hatte, machte sie die Revision des Meerengen-Abkommens und die Rückgabe der Territorien Kars und Ardahan an die U. d. S. S. R. zu Bedingungen für seine Erneuerung. Der Weigerung der Türkei folgte eine Zeit gespannter Verhältnisse, die bis 1953 dauerte. Bis Ende 1947 mußte es Rußland klar gewesen sein, daß es bei seinen unmittelbaren Nachbarn keinen Fortschritt erzielen konnte, die immer noch — geographisch — den direkten Zugang zu Rußlands Hauptzielen bildeten: das Östliche Mittelmeer und der Persische Golf. So war es z. B. höchst kennzeichnend, daß Rußland keine offenen Versuche machte, von den in Persien herrschenden anarchischen Zuständen während der Regierung Dr. Mosaddeq's zu profitieren. Es ist möglich, daß Rußland sich zu diesem Zeitpunkt entschloß, von der Türkei und Persien vorläufig abzulassen und sich auf die arabischen Länder zu konzentrieren. Dort schienen die hochschlagenden Wellen des Nationalismus, die Feindschaft gegenüber dem Westen — besonders seinen Verteidigungsplänen — und der arabisch-jüdische Konflikt sehr viel bessere Aussichten auf Ausbeutung zu bieten. Doch trotz regelmäßiger diplomatischer Beziehungen blieb das Verhältnis der sowjetischen Regierung zu den Regierungen des Nahen Ostens schlecht. Sie betrachtete diese ständig als „bourgeois“, als reaktionär und als „Lakaien des Imperialismus“. Die einzigen Mittel, die sie jetzt benutzte, waren diplomatischer Druck auf die Regierungen, an die Massen gerichtete Radio-Propaganda und das Einwirken lokaler kommunistischer Parteien auf die Intelligenz und die Massen mit dem letzten Ziel einer Revolution. Die sowjetischen Führer hatten noch nicht begriffen, daß die Intelligenz, das Proletariat und die Bauern für ihre Zwecke unbrauchbar waren und daß die wirkliche Macht in den Händen dieser „nationalen Bourgeoisie“ lag, die unter der Kontrolle des Militärs stand, das ihr sehr oft selbst angehörte. Die sowjetische Presse und das Radio wetteten weiter gegen ehemalige und herrschende „bourgeois nationalistische“ Führer so wie Kemal,

Gandhi und Nehru, und folglich blieb die sowjetische Politik fruchtlos. Zum Beispiel wurden 1951 drohende sowjetische Noten, die an Ägypten, Syrien, Irak, Libanon und Israel gerichtet waren und mit dem möglichen Festhalten an dem vorgeschlagenen sogenannten „Middle East Command“ in Verbindung standen, von den Regierungen der betreffenden Länder ignoriert und von ihnen in der Presse als eine Einmischung in die internen Angelegenheiten ihrer Länder verurteilt.

Bis 1951 hatte Rußland im Nahen Osten so gut wie nichts erreicht. Selbst die stärkere politische Aktivität der nächsten paar Jahre gab kaum mehr als die Möglichkeit, die Probleme des Nahen Ostens realistischer zu sehen, eine Möglichkeit, die jedoch gut ausgenutzt wurde. Und nun begannen sich die Ereignisse zugunsten der sowjetischen Regierung zu entwickeln.

Bemühungen um die Gunst der nationalen Bourgeoisie

Formell wurde diese neue Politik auf dem 20. Partei-Kongreß beschlossen, der im Februar 1956 stattfand. Einzelheiten davon wurden in der Zeitschrift „Sovetskoye Vostokovedeniye“ (Sowjetischer Orientalismus) dargelegt, um zu zeigen, daß es sich um eine „korrekte“ Interpretation von Lenins Doktrin handelte. Diese wichtige Darstellung einer politischen Linie fand im Westen nur wenig Beachtung. Es ist zu bezweifeln, ob man im Westen schon erkannt hat, daß sich hier Methoden zu eigen gemacht wurden, denen man viel schwieriger begegnen kann als irgendwelchen früheren. Tatsächlich waren die sowjetischen Führer zu der Ansicht gelangt, daß die Länder des Nahen Ostens nicht durch Zersetzungsbestrebungen innerhalb der sogenannten Klasse der Effendi und im Proletariat — soweit es vorhanden war — oder durch militärische Gewalt unter sowjetischen Einfluß gebracht werden konnten, sondern indem man sich um die Gunst der „nationalen Bourgeoisie“ bemühte, die man schließlich doch als die wahre Macht dieser Länder anerkannte. Zur gleichen Zeit mußten die lokalen kommunistischen Parteien, die bislang die Vorposten des sowjetischen Einflusses gewesen waren, eine andere Rolle spielen: ihre Aufgabe war es jetzt nicht mehr, den altherge-

Der britische Einfluß erlitt in Persien einen starken Rückschlag; es verschärfte sich die anglo-amerikanischen Differenzen; das Beharren auf Verteidigungsanstrengungen begann die arabischen Staaten immer mehr zu befremden. Schließlich begannen die britischen Streitkräfte Mitte des Jahres 1954, sich von der Suez Kanal-Zone zurückzuziehen. Nach Ansicht der Russen waren all diese Ereignisse — obwohl für sie günstig — insofern negativ zu bewerten, als sie nicht von den Russen selbst inszeniert worden waren. Es war eine neue und positive Politik notwendig, um die neue Situation auszuwerten.

Erst 1955 war deutlich zu erkennen, daß sich eine neue Politik anbahnte; aber es ist möglich, daß man sogar schon vor Stalin's Tod erkannte, daß sich zwischen den beiden Polen — dem sogenannten Imperialismus und Antiimperialismus — eine pazifistische neutrale Zone bildete, die weder kapitalistisch noch sozialistisch, und daher für sowjetische Manöver und eine mögliche Besitzergreifung besonders geeignet war. Bulganins und Chruschtschows Reise nach Indien, Burma und Afghanistan und Schepilows Reise in den Nahen Osten waren die ersten Zeichen für einen höchst wichtigen und epochemachenden Entschluß des Kreml; nämlich daß die sowjetische Regierung, jedenfalls für den Moment — weit davon entfernt, die „bourgeois nationalistischen“ Regierungen weiter anzuschwärzen — diese Regierungen jetzt unterstützen würde, wo und wann man es auch immer für notwendig erachten würde.

brachten Interessen der „nationalen Bourgeoisie“ zu drohen, sondern sich mit allen anderen Parteien zu verbinden, um damit mit ihnen gemeinsam für einen Nationalismus gegen den westlichen Imperialismus kämpfen zu können.

Das Jahr 1956 war in vieler Hinsicht günstig für die sowjetische Politik. Seit 1951 hatte die sowjetische Propaganda öffentlich die Heuchelei des westlichen Beharrens auf einer notwendigen Verteidigung des Nahen Ostens gegen den möglichen Angriff der Russen verkündet, und im Oktober 1956 griff der Westen selbst den Nahen Osten an. Dieser Angriff muß die sowjetische Regierung zunächst in Unruhe versetzt haben, doch schließlich erzwang sie seine Einstellung und ließ so die Sowjetunion als den wahren Verteidiger der Rechte im Nahen Osten erscheinen. Ich glaube, in diesem Punkte machte die britische Propaganda einen ernststen Fehler. Daß nämlich der Westen nun die Berichte über die in Ägypten und Syrien einsatzbereiten sowjetischen Waffen und über die Entsendung sowjetischer Freiwilliger soweit wie möglich übertrieb, war ein klarer Vorteil für die Sowjets; zumal die Araber fest davon überzeugt waren, daß die Sowjetunion, wenn es notwendig sein würde, nicht nur ihren Kampf

gegen den Westen, sondern auch gegen Israel führen würde.

Auf der anderen Seite haben die Ereignisse des Jahres 1956 in Europa der sowjetischen Regierung eine harte Lektion über Nationalismus erteilt. Die Russen haben vielleicht zum erstenmal erkannt, daß doch wenigstens einige Völker Ost-Europas den „bourgeois Nationalismus“ — d. h. den wahren Nationalismus — der synthetischen Abart entschieden vorziehen, die ihnen — wie den Nationalisten innerhalb der Sowjetunion — aufgedrängt worden ist. Sie mußten sich nun auch fragen, ob der Nationalismus, den sie jetzt im Nahen Osten verteidigten, ebenso leicht zu kontrollieren wäre, wie sie den

Nationalismus bei den Moslems in Zentralasien und Transkaukasien zu kontrollieren haben glaubten. In der Tat mußten sie offensichtlich die Unvereinbarkeit erkannt haben, die zwischen der Unterdrückung des „bourgeois Nationalismus“ in den östlichen Republiken der U. d. S. S. R. und dessen Unterstützung im Nahen Osten bestand. Wahrscheinlich kann man zu Recht behaupten, daß der Westen die Wichtigkeit des nahöstlichen und besonders des arabischen Nationalismus stark unterschätzt hat. Auf der anderen Seite kann man aber auch sagen, daß die Russen die Möglichkeiten einer Ausnutzung dieses Nationalismus für eigene Zwecke stark überschätzt haben.

Unsicherheit über den Ausgang der Bewegung im Nahen Osten

1957 und Anfang 1958 war im Westen die Ansicht weit verbreitet, daß Ägypten und bestimmte andere arabische Länder nun an die Russen verkauft wären und ihnen in Zukunft aus der Hand fressen würden. Die Gründung der Vereinigten Arabischen Republik, die Unruhen im Libanon und schließlich der Staatsstreich im Irak wurden alles als Siege des Kommunismus angesehen. Ich persönlich kenne keinen Beweis, der diese Theorie stützen könnte. Doch scheint es mir naheliegender zu behaupten, daß Rußland all diese Ereignisse mit einem nah an Furcht grenzendem Widerwillen betrachtete. Im Einzelnen möchte ich sagen, daß die Nachricht vom irakischen Staatsstreich im Kreml mit der ähnlichen Überraschung aufgenommen wurde, wie dies offensichtlich in Whitehall der Fall war. Die Unruhe der Sowjetunion wurde noch verstärkt durch die Entsendung britischer und amerikanischer Truppen nach Jordanien und Libanon; und sie waren wohl aufrichtig, als sie dieses Eingreifen als eine Friedensbedrohung bezeichneten. In dieser Zeit scheint die sowjetische Regierung nichts zur Verschlimmerung der Situation getan zu haben bis auf die Äußerung von „ernsten Warnungen“ und die üblichen Manöver an der persischen Grenze. Seitdem hat sie mit beachtlicher Vorsicht gehandelt, einer Vorsicht, die, glaube ich, von der Unsicherheit über den Ausgang der Bewegung im Nahen Osten und von einer echten, wenngleich völlig unangebrachten Furcht vor dem Westen genährt wird.

Zweifellos ist die Situation im Nahen Osten und besonders im Irak prekär. Obwohl ich glaube, daß dies größtenteils auf Kräfte außerhalb sowjetischer Kontrolle zurückzuführen ist, steht es deutlich in sowjetischem Interesse, so bald wie möglich die Kontrolle über die durch den Staatsstreich hervorgerufene Situation in Irak zu gewinnen. Dies ist eine schwierige Aufgabe. Der sowjetische Enthusiasmus für die Vereinigte Arabische Republik hat sich im letzten Jahr deutlich verringert, doch das sowjetische Hauptziel ist noch immer, offiziell gesehen, die Einheit der nationalen Kräfte in den

Ländern des Nahen Ostens im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus*), selbstverständlich unter sowjetischer Leitung.

Die Berichte aus dem Irak widersprechen sich; aber es besteht nur geringer Zweifel, daß es die kommunistische Partei im Irak ist, die die Bewegung gegen die Vereinigte Arabische Republik leitet. Sie hat die Unterstützung der Kurden und Schiiten gewonnen, welche aus Gründen, die nichts mit dem Kommunismus zu tun haben, gegen die Vereinigte Arabische Republik eingestellt sind. Die Anzeichen sprechen für ein sowjetisches Durcheinander oder für Disziplinlosigkeit in der irakischen kommunistischen Partei — möglicherweise für Beides. Als Folge der sich verändernden Situation in Irak bemühen sich die Russen um eine Wiederherstellung ihrer Kontrolle über die Lage in Persien. Auch hier entwickeln sich die Dinge nicht planmäßig. Aber obwohl die kürzliche Niederlage in Persien, die mit dem Abbruch der sowjetisch-persischen Verhandlungen im Februar ihren Höhepunkt erreichte, die Russen deutlich irritierte, wäre es, glaube ich, doch ein Fehler, das als einen Triumph für Persien oder für den Westen zu begrüßen.

Die Hauptschwierigkeit beim Versuch die gegenwärtige Situation im Nahen Osten zu verstehen besteht in der Definition der russischen Ziele; und das ist nichts Neues. Die Ziele Rußlands haben schon immer Verwirrung und Argwohn hervorgerufen. Während des Wiener Kongresses 1815 starb plötzlich einer der russischen Delegierten. Man erzählt sich, Metternich habe gesagt, als er davon erfuhr: „Ich möchte wissen, welchen Grund er dafür gehabt hat.“ Heute besteht noch genau der gleiche Argwohn gegenüber den russischen Motiven und es gibt ebenso große Meinungsverschiedenheiten. Zum Beispiel behaupten die Amerikaner, daß das russische Ziel die Errichtung eines internationalen Kommunismus sei. Eine andere Ansicht ist, daß infolge von bestimmten unabänderli-

*) Vgl. Chruschtschows Rede auf dem 21. sowjetischen kommunistischen Parteikongreß, Februar 1959.

chen Faktoren, wie geographische Lage, Klima und Volkscharakter, Rußlands Ziel noch immer das gleiche sei wie vor über einem Jahrhundert: Die Verankerung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen russischen Einflusses am östlichen Mittelmeer und am Persischen Golf. Der Weg zu diesem Ziel schließt noch immer die Abschaffung der Unabhängigkeit Persiens und der Türkei ein. Und obwohl Rußland in letzter Zeit versucht hat, diese Länder zu umgehen, wird es sie unter Umständen wieder in den Brennpunkt seiner Interessen bringen. Bezeichnend ist der jüngste Austausch mit Persien; und Rußland wird kaum lange durch die persische Abfuhr zurückgehalten werden.

Raymond Aron, der bekannte französische Kommentator hat kürzlich die britische Haltung in internationalen Angelegenheiten als einen „dynamischen Pessimismus“ bezeichnet. Für manche scheint eine solche Haltung dem Nahen Osten gegenüber gerechtfertigt zu sein. Sicher sprechen zugunsten der Sowjets einige schwerwiegende Faktoren: Zunächst die Beseitigung einer Vormachtstellung im Nahen Osten. Das begann mit dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches und dem Versäumnis Großbritanniens und Frankreichs, einen Stellvertreter einzusetzen. Mit der Abschaffung der britischen Vorherrschaft in Indien wurde dieser Prozeß fortgesetzt. Diese Schwächung der westlichen Macht hatte mehr als alles andere die antiwestliche Gesinnung zur Folge, von der die Sowjetunion im Augenblick profitiert. Ferner haben wir den sowjetischen Anspruch, für alle Beschwerden des Ostens, einschließlich des Kolonialismus, eine „wissenschaftliche“ Lösung gefunden zu haben; dazu kommt das neue sowjetische Ansehen wegen seiner technologischen Erfahrung. Außerdem gibt es das eindrucksvolle „Schaufenster“, welches in den sechs sowjetischen Moslem-Republiken, die an den Nahen Osten angrenzen, errichtet worden ist. Schließlich ist die Sowjetunion jetzt in der Lage, aufgrund ihrer ungeheuren Reserven akademisch geschulter Fachleute in organisierter Forschungsarbeit für jegliches Problem im Nahen Osten einzusetzen — sei es politisch, wirtschaftlich oder kulturell. Und es ist größtenteils dieser Faktor, der es der Sowjetunion ermöglicht, sich über die Köpfe des Westens hinweg an die Völker des Nahen Ostens zu wenden.

Doch die Sowjetunion hat auch mit ernstlichen Nachteilen zu kämpfen, was sich der Westen ständig vor Augen halten sollte. Trotz aller ihrer triumphierenden Propaganda ist die Sowjetunion durch die Widersprüchlichkeit in ihrer Politik doch stark behindert, einer Politik, die den Nationalismus bei den Moslem-Völkern der U. d. S. S. R. unterdrückt und ihn im Nahen Osten unterstützt. Die früheren Versuche der Sowjetunion, die Politik in Persien und Afghanistan zu beeinflussen, waren äußerst ungeschickt, und es bleibt abzuwarten, ob sie in der arabischen Welt erfolgreicher sein werden. In sowjetischen Stellungnahmen zum Nahen Osten sind schon Zeichen einer Unentschlossenheit zu erkennen; wen soll man unter-

stützen; die Vereinigte Arabische Republik oder den Irak? Die Geschmeidigkeit der sowjetischen Politik, die so viele bewundern, ist oft nur eine Folge von Wankelmut. Und schließlich sind die sowjetischen Pläne für eine wirtschaftliche und kulturelle Beeinflussung des Nahen Ostens mit vielen Schwierigkeiten verbunden, von denen der Mangel an Erfahrung im Bank- und Versicherungswesen und das noch immer wichtige Ansehen der westlichen Sprachen und Kultur nicht die geringsten sind.

Was auch immer die Vor- und Nachteile der sowjetischen Position sein mögen, es besteht kein Zweifel, daß sie für die westliche Position im Nahen Osten eine ernste Bedrohung darstellt. Was kann man dagegen tun? Ein oft vorgebrachter Lösungsvorschlag ist, daß Großbritannien jetzt aufhören sollte, die falschen Leute zu unterstützen — die reaktionären Regierungen, die Scheichs, usw. — und dafür die Verbindung mit den „richtigen“ Leuten aufnehmen sollte. Doch wer diese „richtigen Leute“ sind, ist nicht so leicht zu entscheiden, wie einige Journalisten und andere mit wenig oder gar keiner praktischen Erfahrung in den Völkern und der Politik des Nahen Ostens zu

glauben scheinen. Außerdem sind in jedem fremden Land die fremden diplomatischen Vertreter ordnungsgemäß bei dem herrschenden Regime akkreditiert, und die Regierungen des Nahen Ostens, so wie andere, verübeln es gewöhnlich, wenn ausländische Vertreter versuchen, mit der Opposition in Verbindung zu treten und deren Absicht, nicht nur die Regierung, sondern auch das Regime gewaltsam zu stürzen, unterstützen. Gerade das war die Methode, die die sowjetischen Vertreter mit so geringem Erfolg anwandten und von der sie nun — jedenfalls vorläufig — abgelassen haben.

Es ist nicht meine Absicht oder Aufgabe, Möglichkeiten vorzuschlagen, mit denen man der sowjetischen Taktik im Nahen Osten begegnen kann. Aber eines muß ich noch sagen, bevor ich zum Schluß komme. Ich erwähne hier die systematische Forschung und Ausbildung, die in der Sowjetunion im Hinblick auf den Nahen Osten durchgeführt werden. Der Westen ist in dieser Beziehung ernstlich hinter der Sowjetunion zurückgeblieben. Großbritannien ist einmal durch seine Erfahrung und sympathische Handhabung der Probleme im Nahen Osten ein Beispiel für die Welt gewesen. Doch heute,

wo eine viel größere Notwendigkeit für Verständigung besteht, sind unsere Bemühungen völlig unzureichend. In den orientalischen Studienseminaren an den Universitäten wird viel zu wenig Wert auf die laufenden Ereignisse und die modernen Formen der nah-östlichen Sprachen gelegt. Und soweit ich feststellen konnte, beschäftigt sich keine Universität oder wissenschaftliche Gesellschaft in England mit einem regelmäßigen Studium der ungeheuren Produktion von Veröffentlichungen, die über jeden denkbaren Gesichtspunkt der Angelegenheiten im Nahen Osten erscheinen*). In diesen Veröffentlichungen steckt viel Arbeit, der eine weite Bildung und Erfahrung zugrunde liegt. Sie alle spiegeln — direkt oder indirekt — die sowjetische Politik wider. Das Studium dieser Veröffentlichungen ist daher unentbehrlich für ein richtiges Verständnis der Gefahren aber auch der Schwäche sowjetischer Politik.

*) Für eine vorläufige Geschichte sowjetischer Studien des Nahen Ostens siehe A. R. C. Bolton, *Soviet Middle Eastern Studies: A Bibliography and Analysis* (London, Oxford University Press for the Royal Institute of International Affairs, 1959).

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Henry Bernhard: „Gustav Stresemann“
- Joseph M. Bochenski: „Die sowjetische Philosophie der Gegenwart“
- Hans Buchheim: „Das Dritte Reich“
- Leonhard Froese: „Der ‚alte‘ russische Mensch in der neueren sowjetischen Literatur“
- G. F. Hudson: „Mao, Marx und Moskau“
- Henry A. Kissinger: „Auf der Suche nach Stabilität“
- Gerhard v. Mende: „Die Situation der Turkvölker in der UdSSR“
- Heinrich Uhlig: „Hitlers Einwirkung auf Planung und Führung des Ostfeldzuges bis 1943“
- * * * : „Pekings Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland“
- * * * : „Geschichte der sowjetischen Sicherheitsorgane“
-
-